



**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates**

**am 19.04.2018
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 22.03.2018
2. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 für das Wohngebiet "Kohlstatt und Galgenfeld" in Attenhofen - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
3. Bebauungsplan Nr. 51 der Stadt Greding für ein Gewerbegebiet in Herrnsberg - Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss
4. Errichtung eines Aufzuges am Rathaus - Vorstellung der Vorplanung
5. 19. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Östberg III - Aufstellungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 42 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III - Aufstellungsbeschluss
7. Erneuerung der öffentlichen WC-Anlage am Rathaus Greding
8. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
9. Anschluss der WTD 81 an die Wasserversorgung des Zweckverbandes der Jura-Schwarzach-Thalach-Gruppe
10. Bedarfsanerkennung weiterer Kinderhort- und Kindergartenplätze
11. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

| Mitglieder des Stadtrates | Anwe- send | Abwe- send | Bemerkung zur Anwesenheit |
|---------------------------------------|---------------|---------------|------------------------------|
| Erster Bürgermeister Manfred Preischl | X | | |
| Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl | X | | |
| Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer | X | | |
| Michael Beringer | | X | Entschuldigt |
| Maria Deinhard | X | | |
| Josef Dintner | X | | |
| Max Dorner | X | | |
| Harald Gerngroß | | X | Entschuldigt |
| Stefan Greiner | X | | |
| Mathias Herrler | X | | |
| Theodor Hiemer | X | | |
| Elisabeth Holzmann | X | | |
| Franz Miehling | X | | |
| Günther Netter | X | | |
| Roland Pohl | | X | Entschuldigt |
| Thomas Schmidt | X | | ab 19.36 Uhr |
| Markus Schneider | X | | |
| Michael Schneider | X | | |
| Susanne Schneider | X | | |
| Gert Sorgatz | X | | |
| Barbara Thäder | X | | |

Erster Bürgermeister Preischl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 18 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

| Verwaltung | Funktion |
|------------------|---------------|
| Michael Pfeiffer | Schritfführer |
| Stefan Brigl | |
| Katrin Hubmer | |

| Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse |
|--|
| Herr Christian Klos zu TOP 2 |
| Herr Hackner und Herr Koller zu TOP 4 |
| Frau Steimle vom Hilpoltsteiner Kurier |

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 2

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

| Eröffnung der Sitzung | Beendigung der Sitzung |
|-----------------------|------------------------|
| 19:30 Uhr | 21:28 Uhr |

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 22.03.2018

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.03.2018.

TOP 2. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 für das Wohngebiet "Kohlstatt und Galgenfeld" in Attenhofen - Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Sachverhalt:

Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.1 für das Wohngebiet „Kohlstatt und Galgenfeld“ zwischen den Ortsteilen Landerzhofen und Attenhofen wurde in der Stadtratssitzung am 13. Juli 2017 gefasst.

Die Änderung des Bebauungsplanes soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 des Baugesetzbuches durchgeführt werden, da durch die Änderung des Bebauungsplanes die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Der Charakter der Bebauung in Landerzhofen soll auch für Attenhofen beibehalten werden, die Grundzüge der Planung werden somit nicht verändert.

Unter Berücksichtigung der bisher getätigten Befreiungen des Bebauungsplanes, welche im Rahmen von Bauanträgen in Landerzhofen erteilt wurden, sind jetzt im Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes berücksichtigt.

Herr Klos vom Ingenieurbüro Klos GmbH & Co. KG, Spalt, wird in der Sitzung den Entwurf für die 1. Änderung des Bebauungsplanes vorstellen.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Sorgatz wollte wissen, ob der geplante neue Fußweg nach Landerzhofen mit der möglichen Umgehungsstraße kollidieren würde.

Bürgermeister Preischl erwiderte, dass im Fall des Baues der Umgehung der Bereich in jedem Fall nochmals betrachtete werde.

Stadtrat Dintner wollte wissen, ob die für Landerzhofen erteilten Befreiungen eingearbeitet wurden und welcher Teil des Baugebietes im ersten Schritt erschlossen werde. Außerdem hielt er eine etwas ausgeprägtere Querungshilfe für wünschenswert.

Herr Klos erläuterte, dass die im Baugebiet Kohlstatt in Landerzhofen erteilten Befreiungen im Entwurf Gagenfeld berücksichtigt wurden.

Bürgermeister Preischl ergänzte, dass über die Vorgehensweise bei der Erschließung (Teil-/Vollerschließung) zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung der dann vorhandenen Kaufinteressenten entschieden werden soll. Hinsichtlich der Querungshilfe erfolge die genaue Abstimmung der Ausbildung zu gegebener Zeit mit dem Staatlichen Bauamt.

Dritter Bürgermeister Kratzer begrüßte die freie Firstrichtungswahl. Er vermisse jedoch einen Platz für eine Regenrückhaltung und wollte wissen, ob das Baugebiet im Misch- oder Trennsystem entwässert werde und ob eine Erweiterung planerisch möglich wäre.

Herr Klos erwiderte, dass sowohl in Landerzhofen als auch in Attenhofen grundsätzlich eine Erweiterung denkbar wäre. Die Entwässerung wäre grundsätzlich im Trennsystem angedacht. Ein Regenüberlaufbecken würde bei Bedarf außerhalb des Geltungsbereichs platziert.

Auf Anfrage von Stadtrat Markus Schneider erwiderte Bürgermeister Preischl, dass die Stellplatzproblematik im Rahmen der Erschließungsplanung berücksichtigt werde.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 für das Wohngebiet „Kohlstatt und Galgenfeld“ zwischen den Ortsteilen Landerzhofen und Attenhofen wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 des Baugesetzbuches durchgeführt.

Der Stadtrat billigt den vorgestellten Entwurf für die 1. Änderung des Bebauungsplanes und beschließt, dass die öffentliche Auslegung durchgeführt wird.

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die Beteiligung der Öffentlichkeit, die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Beteiligung der benachbarten Gemeinden vorzunehmen.

| | |
|---------------|---|
| TOP 3. | Bebauungsplan Nr. 51 der Stadt Greding für ein Gewerbegebiet in Herrnsberg - Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss |
|---------------|---|

Sachverhalt:

Der Aufstellungsbeschluss zur Ausweisung eines Gewerbegebietes wurde in der Stadtratssitzung vom 22.03.2018 gefasst.

Für das Gewerbegebiet wurde aber noch kein Name festgelegt. Folgende mögliche Namensgebungen stehen zur Auswahl:

- Gewerbegebiet „An der RH 28“
-
- Gewerbegebiet „Kreuzfeld“

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Das Gewerbegebiet soll den Namen „Kreuzfeld“ erhalten.

Die für die Nutzung vorgesehenen Grundstücke werden als Gewerbegebiet „Kreuzfeld“ bei Herrnsberg, Bebauungsplan Nr. 51, dargestellt.

TOP 4. Errichtung eines Aufzuges am Rathaus - Vorstellung der Vorplanung

Sachverhalt:

Auf der Rathausrückseite ist eine Aufzugsanlage in schlichter Bauweise als Sichtbeton oder verputzt mit neutraler, zurückhaltender Farbgebung geplant. Der Aufzugsturm soll ein flachgeneigtes Schleppdach erhalten, welches nicht in das Giebeldreieck des Rathauses hineinragt.

Herr Markus Hackner vom Ingenieurbüro Koller, Parsberg, wird die Planung für den Neubau vorstellen. Die Planunterlagen sind an der Beschlussvorlage angehängt.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl ergänzte zu den Ausführungen von Herrn Hackner, dass eine endgültige Entscheidung über den Aufzug erst nach Vorstellung der Maßnahmen und Kosten für den Brandschutz getroffen werden kann.

Zweiter Bürgermeister Brigl war der Meinung, dass der geplante „Betonklotz“ nicht optimal zur Fassade passe.

Bürgermeister Preischl führte aus, dass die jetzt vorgestellte Planung mit dem Gebietsreferenten des Landesamtes für Denkmalpflege abgestimmt sei. Ursprünglich habe die Planung anders ausgesehen.

Stadtrat Herrler war von der Gestaltung des „Turms“ nicht überzeugt und konnte sich eine Lösung mit deutlich höherem Glasanteil vorstellen.

Stadtrat Miehl schloss sich den Äußerungen von Herrn Brigl und Herrn Herrler an und konnte sich auch einen Standort vorstellen der nicht mittig in der Fassade wäre.

Stadtrat Dintner hielt den Bedarf für unumstritten. Dabei dürften auch die Kosten nicht im Vordergrund stehen. Eine Glaslösung hielt er für zu unruhig. Er forderte eine Alternativplanung am Schmidthaus. Darüber hinaus wären Rampen zwischen den beiden Häusern unablässig. Alternativ müsse auch über einen Treppenlift, sog. Treppenraupen oder organisatorische Änderungen im Haus nachgedacht werden.

Bürgermeister Preischl erläuterte die Gründe für den geplanten Standort und teilte mit, dass bisher Bürgerinnen und Bürger, die nicht in das Obergeschoss gehen konnten im Erdgeschoss „bearbeitet“ wurden.

Drittem Bürgermeister Kratzer gefiel die Planung überhaupt nicht. Auch er schlug vor über Treppenlift und Hebeplattformen nachzudenken.

Bürgermeister Preischl fasste zusammen, dass neben der vorgestellten Planung jetzt noch die angesprochenen Alternativen geprüft werden. Sobald die Kosten und Maßnahmen des Brandschutzes feststehen wird die endgültige Entscheidung im Stadtrat getroffen.

| | |
|---------------|--|
| TOP 5. | 19. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III - Aufstellungsbeschluss |
|---------------|--|

Sachverhalt:

Michael Stadler aus Österberg beantrage mit Schreiben vom 04.03.2018 die Änderung des Flächennutzungsplanes für das Grundstück, Flur-Nr. 118, Gemarkung Österberg.

Der Stadtrat stimmte in der Sitzung vom 22.03.2018 dem Antrag grundsätzlich zu.

Auf einer Teilfläche des Grundstückes stellte Herr Stadler die Bauvoranfrage auf Neubau eines Bio-Hähnchenstalles mit Grünauslauf. Der Stadtrat stimmte dem Vorhaben am 25.01.2018 zu. Eine Entscheidung vom Landratsamt Roth liegt noch nicht vor.

Auf der restlich verbleibenden Fläche soll eine Photovoltaikanlage entstehen. Die Photovoltaikanlage soll so ausgestaltet werden, dass diese als Unterstand/- schlupf für die Tiere genutzt werden kann. Dieses soll im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt werden.

Die Änderung der Fläche, die laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche gekennzeichnet ist, sieht eine Umwandlung in ein Sondergebiet im Sinne des § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung für die Errichtung einer Photovoltaikanlage vor.

Die Erarbeitung der Planung und die Erstellung der Verfahrensunterlagen werden auf Kosten des Antragstellers veranlasst.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für die Teilfläche des Grundstückes, Flur-Nr. 118 in der Gemarkung Österberg.

Die Änderung sieht die Umwandlung des zuvor genannten Fläche, welches landwirtschaftlich genutzt wird, in ein Sondergebiet im Sinn von § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung für die Errichtung eines Sondergebietes "Photovoltaikanlage Österberg" vor.

Die festgesetzte Fläche soll der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Die für die Nutzung vorgesehene Fläche wird als 19. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für ein Sondergebiet „Photovoltaikanlage Österberg III“ dargestellt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag abzuschließen.

| | |
|---------------|---|
| TOP 6. | Bebauungsplan Nr. 42 der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III - Aufstellungsbeschluss |
|---------------|---|

Sachverhalt:

Michael Stadler beantrage mit Schreiben vom 04.03.2018 die Aufstellung eines rechtsverbindlichen Bebauungsplanes für das Grundstück, Flur-Nr. 118, Gemarkung Österberg.

Der Stadtrat stimmte in der Sitzung vom 22.03.2018 dem Antrag grundsätzlich zu.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Parallelverfahren durchgeführt.

Auf einer Teilfläche des Grundstückes stellte Herr Stadler die Bauvoranfrage auf Neubau eines Bio-Hähnchenstalles mit Grünauslauf. Der Stadtrat stimmte dem Vorhaben am 25.01.2018 zu. Eine Entscheidung vom Landratsamt Roth liegt noch nicht vor.

Auf der restlich verbleibenden Fläche soll eine Photovoltaikanlage entstehen. Die Photovoltaikanlage soll so ausgestaltet werden, dass diese als Unterstand/- schlupf für die Tiere genutzt werden kann. Dieses soll im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt werden.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich der Teilfläche des Grundstückes Flur-Nr. 118 in Österberg zur Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Die für die Nutzung vorgesehene Fläche wird als "Sondergebiet Photovoltaikanlage Österberg III", Bebauungsplan Nr. 42, dargestellt.

Die festgesetzte Fläche soll der Erzeugung von Strom mittels Photovoltaikanlagen dienen.

Der Bebauungsplan wird als Interimsbebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Als Folgennutzung wird eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Antragsteller einen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches abzuschließen.

TOP 7. Erneuerung der öffentlichen WC-Anlage am Rathaus Greding

Sachverhalt:

Die in die Jahre gekommene WC-Anlage an der Rückseite vom Rathaus soll komplett erneuert werden. Der Vorschlag von Seiten des Bauamtes wäre, die bestehende WC-Anlage komplett zu entfernen und in die Gebäudehülle ein fertiges Modul aus Edelstahl einzusetzen. Das Einbau-Modul besteht aus einer Kabine für Frauen, Männer und behinderten Personen. Aus hygienischen und Unterhaltsgründen empfiehlt sich die Edelstahlvariante, da sich diese zum größten Teil selbst reinigt. Um einen modernen Flair zu erhalten, soll die zweiseitige Einhausung des Moduls mit Tresaplaten auf einer Holzständerwand erfolgen. Plan und Beispielsbilder werden der Beschlussvorlage angehängt.

Diskussionsverlauf:

Dritter Bürgermeister Kratzer plädierte dafür das Niveau der öffentlichen Toilette etwas zu heben, damit das Gebäude barrierefreier wird.

Bürgermeister Preischl erwiderte, dass im nächsten Bauabschnitt für die Laufwege dieser Bereich berücksichtigt wird.

Stadtrat Dintner forderte einen Kostenvergleich mit einer herkömmlichen Sanierung der öffentlichen Toilette.

Stadtrat Markus Schneider zweifelte daran, dass eine Toilette für Damen, Herren und Behinderte ausreichend sei.

Bürgermeister Preischl entgegnete, dass aufgrund des vorhandenen Platzes Kompromisse erforderlich wären.

Stadtrat Michael Schneider konnte sich auch einen anderen Standort, z.B. in der Badergasse vorstellen.

Bürgermeister Preischl fasste zusammen, dass vor einer endgültigen Entscheidung eine herkömmliche Sanierung geprüft und vorgestellt wird.

TOP 8. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Eder Mirjam und Franz, Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Obermässing
- Albrecht Andreas, Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung und Doppelgarage in Greding
- Netter-Streb Cornelia und Streb Michael, Umbau des bestehenden Wohnhauses in Kraftsbuch

TOP 9. Anschluss der WTD 81 an die Wasserversorgung des Zweckverbandes der Jura-Schwarzach-Thalach-Gruppe

Sachverhalt:

Die Wasserversorgung der WTD 81 erfolgt derzeit von der Stadt Greding über eine Druckleitung DN 125 Guss/PVC (ca. 1,5 km lang), welche von einer Pumpstation gespeist wird. Die Tiefbehälter von 2 x 175 m³ werden nachts befüllt. Das Versorgungsnetz auf der Liegenschaft hat durchschnittlich eine Dimension von DN 150 und ist für den Löschwasserbedarf bemessen. Der tägliche Wasserbedarf der Liegenschaft beträgt im Mittel ca. 11 m³/d und max. 20 m³/d und jährlich ca. 4.500 m³/a. Die geringe Entnahme führt zu einem zu geringen Durchfluss des Versorgungsnetzes.

Zur Sanierung der Wasserversorgung der Wasserleitung auf der Liegenschaft gibt es folgendes Konzept:

- Parallel zur Bestandsleitung, Verlegung einer neuen Trinkwasserleitung (max. bis DN 100) zur Trinkwasserversorgung der Liegenschaft; Nutzung der Bestandsleitung als Löschwassernetz.
- Anschluss einer neuen Hauptversorgungsleitung (ca. 0,9 km), die an die bestehende Leitung der Jura-Schwarzach-Thalach-Gruppe angeschlossen wird.
- Die derzeitige genutzte Druckleitung von Greding kommend, kann somit stillgelegt und die Pumpanlage rückgebaut werden.

Gemäß Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Greding vom 06.04.1966 ist die Stadt Greding verpflichtet, die oben genannten Anlagen (Pumpstation und Druckleitung) ordnungsgemäß in Betrieb zu halten, zu warten und instand zu halten.

Nach Rücksprache mit dem städtischen Wasserwart ist ein Rückbau problemlos durchzuführen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Die Stadt Greding stimmt einem Anschluss der WTD 81 an die Wasserversorgung des Zweckverbandes der Jura-Schwarzach-Thalach-Gruppe und dem damit verbundenen Rückbau des Anschlusses an die Wasserversorgung der Stadt Greding zu.

TOP 10. Bedarfsanerkennung weiterer Kinderhort- und Kindergartenplätze

Sachverhalt:

Die Anmeldungen zu Kinderhort- und Kindergartenplätzen für die Jahre 2017/2018 sowie die Geburtenentwicklung in der Großgemeinde Greding ergeben für das „Haus der Kinder“ in Greding einen Bedarf von 50 Kinderhort- und 25 Kindergartenplätzen.

Bei den Anmeldungen zum Kindergartenjahr 2017/2018 beim Kindergarten „Hl. Familie“ in Obermässing stellte sich heraus, dass dort ein Bedarf von 50 Kindergarten- und 12 Kinderkrippenplätzen besteht.

Für die Ergreifung von Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs ist eine Anerkennung desselben durch den Stadtrat notwendig.

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage von Stadtrat Schmidt teilte Bürgermeister Preischl mit, dass für die Übergangszeit für den Hort eine Lösung in der Grundschule in Obermässing angedacht sei.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

1. Der Stadtrat erkennt einen Bedarf von 50 Kinderhort- und 25 Kindergartenplätzen für das „Haus der Kinder“ in Greding an.
2. Der Stadtrat erkennt einen Bedarf von insgesamt 50 Kindergarten- und 12 Kinderkrippenplätzen für den Kindergarten „Hl. Familie“ in Obermässing an.

TOP 11. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Straßenausbaubeitragssatzung

Bürgermeister Preischl erläuterte den aktuellen Sachstand zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. Der aktuelle Entwurf der CSU-Fraktion bedeute für Kleinottersdorf und Zur Achmühle, dass die Vorausleistungen nicht erstattet würden. Die Verwaltung habe dazu bereits Kontakt mit MdL Volker Bauer und dem Bayerischen Gemeindetag aufgenommen.

Breitbandausbau

Bürgermeister Preischl führte aus, dass nach Angaben von Inexio der KVZ für Österberg online sei. Auch zwei KVZ in Obermässing seien bereits im Betrieb. Die Abnahme für die weiteren zwei KVZ in Obermässing sei für kommenden Freitag geplant.

Stadträtin Deinhard erinnerte daran, dass mit Inbetriebnahme des Internets in Österberg noch die Prüfung der Datenrate ausstehe.

Jugendzukunftswerkstatt

Stadtrat Schmidt bat darum im Rahmen der nächsten Bauausschusssitzung auch den möglichen Jugendraum im ehemaligen Feuerwehrhaus zu besichtigen.

Greding, 18.05.2018

Vorsitzender:

Schriftführer:

Manfred Preischl
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer